

# Wallfelden? Niemals!

Man sollte es nicht für möglich halten. Da ist die übergroße Mehrheit der Bevölkerung gegen den Mehrzweckpflichtverband — aber die Parteien in Wiesbaden versuchen ihn trotzdem auf unverschämte Art und Weise durchzudrücken. Da ist die Mehrheit der Mörfelder gegen eine Fusion von Walldorf und Mörfelden, gegen „das Zubauen“ unseres Gebietes, aber immer noch hängt das Herz einiger „Volksvertreter“ an der Fusion. Es ist Zeit, die Frage zu stellen — was hat das eigentlich noch mit Demokratie zu tun — was sind denn das für Demokraten, die sich so über die Meinung der Mehrheit hinwegsetzen?

Über den Mehrzweckpflichtverband, den man jetzt schamhaft Umlandverband betitelt, wurde schon viel geschrieben. Die Auswirkungen sind bekannt: Die kommunale Selbstverwaltung wird beschnitten, Gemeindevermögen wird enteignet, auf die Bevölkerung kämen einschneidende Gebührenerhöhungen zu. Dieser Mehrzweckpflichtverband ist nichts anderes als die Vorstufe zur Eingemeindung nach Frankfurt. Wenn man die Pläne Bielefelds ansieht, bemerkt man, daß damit vor allem auch der Ausbau des Flug-

hafens vorangetrieben werden soll. Offensichtlich glaubt man, nach zwei verlorenen Prozessen, die neuen Startbahnen quer durch unseren Erholungswald, doch noch bauen zu können.

Gegen diese undemokratischen Pläne aus dem Innenministerium sind in Mörfelden alle Parteien. Aber SPD-, FDP- und CDU-Vertreter in Wiesbaden sind ausnahmslos für solche oder ähnliche Pläne, die darauf abzielen, dieses kapitalistische System effektiver zu machen. Sie entsprechen damit also den Wünschen der Kapitalbesitzer, die vom Staat eine straffe Zentralisierung und eine strukturelle Neugliederung des Territoriums fordern, um Maximalprofite zu erzielen. Das sind Tatsachen, die nicht vom Tisch zu wünschen sind.

Die Überheblichkeit und Arroganz mit der Wiesbadener Parteivertreter operieren, ist nicht zu überbieten. Da will der FDP-Innenminister eine Stadt, die seit über 1400 Jahren Mörfelden heißt, mit einem Federstrich in Wallfelden umbenennen; die betroffenen Stadtverordneten hören von seinem Gesetzesentwurf nur aus der Presse. Der Landtagsabgeordnete Dr. Erwin Lang, SPD, ist nicht besser. Er kündigte naßforsch-

an, daß die ganze MZPV-Geschichte bis zur Landtagswahl im Herbst geregelt sein müsse; und ein Zusammenschluß von Mörfelden und Walldorf müsse natürlich auch sein.

Wir sind anderer Meinung. Die DKP hält die endlose Stadterweiterung für falsch. Zwischen Mörfelden und Walldorf könnten statt Betonwohnsilos ebenso ein Naherholungsgebiet mit Parks, Sportstätten, einem ärztlichen Zentrum, Schulen und weiteren sozialen Einrichtungen entstehen, das man langfristig planen und erstellen kann. Eine Fusion ist dazu nicht nötig. Wir wissen, daß bei vielen Bürgern ein Gefühl der Ohnmacht herrscht, viele meinen, man könne an den Plänen von oben nichts ändern.

Die DKP ist der Ansicht, daß nur durch ein entschlossenes Vorgehen der Betroffenen die Pläne von Eingemeindung, Fusion, Umlandverband vom Tisch gewischt werden können. Wir fordern jetzt sofort eine Bürgerbefragung durchzuführen. Ohne Zustimmung der Bürger keinen Pflichtverband und keine Fusion Mörfelden — Walldorf.

Rudi Hechler

# Mehrzweckpflichtverband

## Umlandverband

### Wasserkopf

Es gibt ein altes deutsches Sprichwort, das von „altem Wein in neuen Schläuchen“ spricht. Sicherlich konnte in alten Zeiten mancher Winzer mit allerlei Tricks seinen Reibach machen. Auch heute noch soll es Leute geben, die sich ihren Whisky nach dem Etikett aussuchen (oder von zwei gleichen den teuren nehmen) und erst beim Trinken bemerken, daß sie einen Namen gekauft haben und in der Flasche billiger Fusel ist. Allerdings scheinen solcherlei Zeitgenossen bei Politikern recht beliebt zu sein. Nur so ist es zu verstehen, daß in gewissen Zeitungen eine Diskussion darüber entfesselt wird, ob die aus Mörfelden und Walldorf zusammengeplante Stadt einmal „Mördorf“ oder „Wallfelden“ heißen soll. Ein ganz schlauer schlug übrigens „Guntheim“ vor. Der werte Herr Innenminister hat sich ohne überhaupt jemanden zu fragen schon für „Waldfelden“ oder „Wallfelden“ entschieden. Wir dürfen vielleicht in diesem Zusammenhang an die Zeit erinnern, als die beliebte Sendereihe „Der Frankfurter Wecker“ hier gastierte und Otto Höpfner in feiner Anspielung an damals regierende Häupter „Wolfsschlucht“ vorschlug. Ansonsten möchten wir auf eine andere Redensart verweisen und davor warnen,

dem Kind einen Namen zu geben, bevor es geboren ist. In diesem Fall sind wir sowieso für Geburtenkontrolle: Es könnte eine Mißgeburt mit einem bürokratischen Wasserkopf werden.

### Umgetauft

Erinnern Sie sich noch an die Zeiten, als aus der Putzfrau die „Raumpflegerin“ wurde? Der Ausdruck „Parkettmasseuse“ konnte sich dagegen nicht so recht durchsetzen. Den Vertreterinnen des Berufes konnte dies jedoch egal sein; davon wurde die Arbeit nicht weniger.

Es mag auch manchem hochgelehrten Politiker Spaß machen, von „stabilitätspolitischen Maßnahmen auf dem fiskalischen Sektor“ daherzureden, um das höchst unpopuläre Wort „Steuererhöhungen“ zu vermeiden. Dies dürfte wiederum den Arbeitern wurscht sein, die die Zeche bezahlen, egal ob sie sich so oder anders schimpft.

Man kann überdies natürlich auch einen „Mehrzweckpflichtverband“ in „Umlandverband“ umtaufen. Ob das aber die Betroffenen davon abhält, sich dagegen zu wehren?

### Weder noch!

„Hundert Mark oder das Leben“, drohte der finstere Pistolenmann.

„Hier, nehmen sie die fuffzich Mark, ich bin sowieso vor Schreck halbtot“, antwortete der Überfallene.

Dieser uralte Kalauer fiel mir unwillkürlich ein, als ich gewisse Politiker reden hörte, die eine Fusion Mörfelden – Walldorf predigen, um dem Mehrzweckpflichtverband (der übrigens mittlerweile „Umlandverband“ heißt) zu entgehen.

Natürlich kann das keine Lösung sein, denn beides hat die gleichen Nachteile:

- Abbau der Demokratie durch Verkleinerung der Stadtparlamente;
- Vereinfachung der Verwaltung, das heißt auf gut deutsch Vereinfachung für die Verwaltung und Erschwerung für die Verwalteten;
- zunehmende Undurchsichtigkeit und Unkontrollierbarkeit der politischen Organe.

Fusion oder Mehrzweckpflichtverband ist keine Alternative, das sind zwei Seiten derselben Medaille. Für die Bevölkerung Walldorfs und Mörfeldens kann es nur heißen: Weder Fusion noch Mehrzweckpflichtverband, sondern Erhaltung und Ausbau der bürgernahen, kontrollierbaren Selbstverwaltung der Städte. W.P.



Bitte ausschneiden und einsenden an: Rudi Hechler, Mörfelden, Hochstraße 22

Der „blickpunkt“, die Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, erscheint jeden Monat. Die Schutz- und Zustellungsgebühr für eine Ausgabe beträgt DM 0,50. Wenn Sie an regelmäßiger Zustellung interessiert sind, kreuzen Sie bitte ein Feld an. Werfen Sie die Karte in den nächsten Briefkasten.

Die Gebühr können Sie durch Bankeinzahlung oder Banküberweisung auf das Konto 9003419 Kreissparkasse Groß-Gerau Hauptzweigstelle Mörfelden oder bei jedem Mitglied der DKP entrichten.

Ich bitte um regelmäßige Zustellung

- für ein halbes Jahr (DM 3,—)  
 für ein Jahr (DM 6,—)

Anschrift .....

### Ei, Ei

*In Holland soll es Firmen geben, die Hühnermist an Eier schmieren, um sterile Geflügelfabrik-Eier als „frische Landeier“ zu verkaufen. In Hessen dagegen gibt es Politiker, die meinen, undemokratische Mehrzweckpflichtverbände mit Demokratieabbau als „Umlandverbände“ der Bevölkerung schmackhaft machen zu können. Wir sollten uns jedoch nicht anschmieren lassen: Das sind Kuckuckseier und bleiben besser ungelegt.*

# Wie soll es weitergehen?

## Die ärztliche Versorgung in Mörfelden steuert einer Krise zu

Allen Kommunalpolitikern kann man eigentlich empfehlen, ab und zu einmal unter die Leute zu gehen, Fragen zu stellen, sich die Probleme der Bevölkerung anzuhören. Die DKP hat jetzt bei vielen Hausbesuchen in Mörfelden nach diesen Problemen geforscht. Dabei wurden wir immer wieder auf einen Mißstand hingewiesen: Die ärztliche Versorgung der Mörfelder. Besonders ältere Leute klagen über lange Wartezeiten, über lange Wege zum Facharzt, über Ärzte, die ihre Patienten unter Zeitdruck behandeln müssen. Wir meinen, solche Klagen muß man ernst nehmen. Daß es zuwenig Ärzte in Mörfelden gibt, ist bekannt. Man muß aber auch untersuchen, ob der kranke Bürger in der Praxis des niedergelassenen Arztes heute noch optimal behandelt werden kann. Es ist klar, daß die meisten Ärzte den Patienten nach ihrem besten Wissen und Können helfen wollen. Aber es hängt ja nicht allein von der Fähigkeit und dem Willen des Arztes ab, sondern auch von der Struktur der ärztlichen Versorgung. Tatsache ist: Die Diagnose und die Therapie in der außerklinischen Versorgung entsprechen auch in Mörfelden nicht dem neuesten Stand von Wissenschaft und Forschung. Funktionen wie gesundheitliche Beratung und Aufklärung können kaum wahrgenommen werden. Besonders auf dem Gebiet der Diagnose kann die Einzelpraxis heute nicht mehr mithalten, da das inzwischen ver-

### Auch das sollte man wissen:

*In immer stärkerem Maße geht man in der DDR von der krankheitsorientierten Individualmedizin über zu vorbeugenden Maßnahmen. Eine Voraussetzung dazu ist die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Ärzten: für 600 DDR-Bürger steht ein praktischer Arzt zur Verfügung (in der BRD für 1.250).*

fügbare diagnostische Instrumentarium einen sehr hohen Aufwand erfordert, und für den einzelnen Arzt einfach zu teuer ist. Notwendig ist also eine Reform der ärztlichen Versorgung. Allerdings muß man aber auch feststellen,

daß in diesem kapitalistischen Gesellschaftssystem der Arzt zwangsläufig – und mancher offenbar auch gar nicht so ungern – Geschäftsmann ist. Viele Ärzte sind gegen Reformen allergisch. Der Grund ist einfach. Experten ermittelten, daß nach Abzug der Praxisunkosten der niedergelassene Arzt im Jahre 1971 durchschnittlich 114.000,- DM einnehmen konnte.

In der Illustrierten „stern“ stand hierzu: „Es ist durchaus legitim, für qualifizierte ärztliche Leistungen entsprechend gut bezahlt zu werden. Wenn es sich aber um vitale Bedürfnisse kranker Menschen handelt und wenn nur wegen der Erhaltung des Geschäftsinteresses notwendige gesundheitspolitische Reformen abgewürgt werden, dann fängt es an, illegitim zu werden; dann wird die vielbeschworene ärztliche Ethik zu banalem Gerede; dann ist es berechtigt, von ‚Profitmedizin‘ zu sprechen.“

### DKP Mörfelden macht seit langem Vorschläge

Die Deutsche Kommunistische Partei in Mörfelden weist seit Jahren im Stadtparlament und im „blickpunkt“ auf die Mängel unserer ärztlichen Versorgung hin.

- Es gibt zuwenig niedergelassene Ärzte.  
Folge: Die Ärzte sind überfordert, die Wartezimmer überfüllt, Krankheiten werden nicht erkannt und verschleppt.
- Es fehlen Fachärzte der wichtigsten Fachrichtungen.  
Folge: Mörfelder Bürger müssen zu Fachärzten in benachbarte Städte reisen.

Schon im April 1972 haben wir eine umfangreiche Studie zur ärztlichen Versorgung und die Forderung nach einem Ärztehaus der Stadtverordnetenversammlung zugeleitet. Diese Forderungen liegen in der großen Schublade des Magistrats und verschimmeln. Es heißt: die Stadt hat kein Geld. Tatsache ist aber auch: Die Stadt hat sich noch nicht ausreichend um eine Ände-

rung der Misere bemüht. (Wie aus einem Gespräch der Nassauischen Heimstätte mit dem Bauamt hervorgeht, ist auch im neuen Baugebiet „Steinweg Nord II“, in dem einmal 5.000 Menschen wohnen sollen, kein zentrales Ärztehaus vorgesehen.)

Mittlerweile erleben wir aber, daß die Zahl der Einwohner wächst und wächst – nur die Zahl der Ärzte nicht (nach wie vor gibt es bei uns für rund 13.000 Einwohner, ohne Amerikaner, nur fünf Ärzte. Danach kommen auf einen Arzt 2.600 Einwohner). Da einige Ärzte bald die Altersgrenze erreicht haben, ist jetzt eine ernste Krise der ärztlichen Versorgung vorauszusehen. Man muß sich fragen, wie soll es weitergehen.



Wir wissen, daß viele Versuche, Ärzte nach Mörfelden zu holen, fehlgeschlagen sind. Man muß also jetzt neue Wege suchen. Der Neubau eines Ärztehauses, ein medizinisch-technisches Zentrum, in dem alle Möglichkeiten des modernen Gesundheitswesens unter einem Dach vereint sind, steht noch in weiter Ferne. Also müssen Zwischenlösungen gefunden werden. Es ist Zeit, daß sich die Stadt darüber Gedanken macht. So ist es zu überlegen, ob man nicht in der jetzt freiwerdenden Bürgermeisterei oder in einem anderen Haus eine Gruppenpraxis mit modernen diagnostischen Einrichtungen schaffen könnte. (Das wäre mit Sicherheit für jüngere Ärzte ein interessantes Projekt.)

Wir meinen, es sollte schnellstens eine öffentliche Diskussion über alle angeschnittenen Fragen erfolgen. Wir fordern den Magistrat auf, in einer Bürgerversammlung, im Stadtparlament oder in der Presse, zu diesem Problem Stellung zu nehmen, und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. rh

# Öl„krise“ kostet Mörfelden 50.000 DM

**Wir fordern, daß im Haushalt 1974 von weiteren Belastungen der Bevölkerung Abstand genommen wird**

*Aus der Erklärung der DKP-Stadtverordneten zum Tagesordnungspunkt „Nachtragshaushalt“, abgegeben auf der letzten Sitzung des Stadtparlamentes.*

Städte und Gemeinden haben der Verfassungsauftrag, den Bürgern zeitgemäße soziale Lebensverhältnisse und ausreichende Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen.

An unseren Haushalts- und Nachtrags Haushaltsplänen können wir erkennen, daß den Verantwortlichen in den Kommunen, den Bürgermeistern, Stadtkämmerern und den Stadtverordneten dies mit den zur Verfügung stehenden Mitteln geradezu unmöglich ist. Die Schere zwischen den kommunalen Einnahmen und den Aufgaben wird immer größer.

Die Ursache hierfür, wir die DKP haben es von dieser Stelle aus wiederholt gesagt, liegt an der gemeindefeindlichen Politik, mit ihrer ungerechten Verteilung der Steuermittel, die in Bonn mehr als zwei Jahrzehnte von den CDU/CSU-Regierungen betrieben wurde und inzwischen von der SPD/FDP-Koalition fortgesetzt wird.

Seit Jahren wissen die Städte und Gemeinden keinen anderen Rat, als durch immer weitere Darlehnsaufnahmen sich immer mehr zu verschulden oder dem Bürger mit immer höheren Gebühren immer mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, und damit zu der finanziellen Belastung der arbeitenden Bevölkerung beizutragen.

Die Stadt Mörfelden muß kurztreten. Die verbliebenen Mittel werden eingesetzt, um Begonnenes fortzusetzen. Neues konnte nicht in Angriff genommen werden. Es sieht leider so aus, als würde sich diese Tendenz im neuen Jahr fortsetzen. Wir fordern deshalb von der Mehrheitspartei in diesem Hause, von ihrem Bürgermeister und vom Magistrat, daß sie endlich erkennen, daß dagegen Front gemacht werden muß. Wir fordern heute schon, daß im Haushalt 1974 von Belastungen für die Bevölkerung, von weiteren Gebührenerhöhungen, Abstand genommen wird.

Die Bürger von Mörfelden, in der Mehrzahl Arbeiter und Angestellte, sind von den Preissteigerungen der letzten Zeit schon über die Maße belastet und werden zum Teil durch Kurzarbeit bedroht.

Wir haben im Frühjahr den Haushaltsplan 1973 abgelehnt und geben auch diesem Nachtrag mit der gleichen Begründung, nicht unsere Zustimmung. Wir sehen zwar, die erhöhten Anteilsbeträge für wichtige Bauvorhaben, wissen jedoch, daß zu zeitgemäßen sozialen Lebensverhältnissen und ausreichenden Gemeinschaftseinrichtungen mehr gehört.

Von unseren, z.T. mit Anträgen zum Haushalt 1973 untermauerten Forderungen nach einem Ärztehaus, einem Altenheim mit Pflegeeinrichtung und Sozialberater, einer Sozialfibel für unsere älteren Bürger, einem weiteren städtischen Kindergarten mit Tagesstätte, und weiteren Spielplätzen, auch im alten Stadtbereich zwischen Wasserturm und Altstadt, hat man auch dieses Jahr nichts verwirklicht. Das von vielen gewünschte Hallenbad rückt in immer weitere Ferne (Walldorf mußte sogar seine hierfür gebildete Rücklage für das begonnene Altenwohnheim verwenden) und Mörfelden stellt keine Mittel mehr zur Verfügung.

Auch auf dem kulturellen Sektor geht es in Mörfelden, was Theateraufführungen anbelangt, weiter rückwärts. Ein Rückgang der eingeplanten Einnahmen für Theater und Konzerte um 70 Prozent, von 10.000,— auf 3.000,— DM kann nicht allein mit Schwierigkeiten bei der Bürgerhausverpachtung entschuldigt werden. Wir halten dies schlichtweg in einer Stadt mit 15.000 Einwohnern für beschämend. Weitere so notwendige Grünanlagen konnten aus finanziellen Gründen nicht geschaffen werden.

Wenn wir im Nachtrag erkennen, daß die Stadt Mörfelden durch die in der Hauptsache von den multinationalen Ölgesellschaften inszenierte Energiekrise, für Heizung rund 50.000,— DM mehr ausgeben muß als vorgesehen, dann können wir das im Gegensatz zu anderen Parteien nicht unerwähnt lassen.

Wenn wir also den Nachtragshaushalt ablehnen, dann heißt das nicht, daß wir die positiven Punkte unseres Haushalts und ehrliches Bemühen der mit der Aufstellung Beschäftigten nicht anerkennen würden, dann heißt das auch nicht, daß wir mit unserem „Nein“ der Verwaltung unser Mißtrauen ausdrücken wollen. Im Gegenteil danken wir den Bediensteten im Rathaus für ihre Arbeit. □

## Kapital- Interessen- Vertreter

Vor einiger Zeit (wir berichteten im „blickpunkt“ 14, März 1972 darüber) wurde die Stadt Mörfelden gezwungen, gegen ihre eigenen Interessen Klage zu führen, um nicht zur Zahlung von Millionen Mark verurteilt zu werden. Wie geht das? Ganz einfach! Damals hatte sie der Kiesfirma Mitteldorf die Nutzung von 40 ha Waldgelände zum Kiesabbau versprochen. Dabei hatte sie jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht, der in Gestalt des Darmstädter Regierungspräsidenten seine Zustimmung zur Waldabholzung verweigerte. Die Firma Mitteldorf klagte daraufhin gegen die Stadt Mörfelden auf Schadenersatz in Höhe von einigen Millionen. Um diesen Ansprüchen zu entgehen, blieb der Stadt nichts anderes übrig, als gegen den Erlaß des Regierungspräsidiums zu klagen (also praktisch auf Erlaubnis, Wald abholzen zu dürfen), obwohl inzwischen vielen Mörfeldern und gewiß auch dem Magistrat und dem „Chef“ klar war, daß man in unserem Gebiet um jeden einzelnen Baum kämpfen muß. Dieses war der erste Streich, doch . . . Unlängst begann in aller Stille die besagte Verhandlung vor dem Darmstädter Verwaltungsgericht. Da gab es einen Herrn Metzger, der

1. Bundestagsabgeordneter
2. Rechtsanwalt mit eigenem Büro und sich
3. bemüßigt fühlte, die Interessen und Ansprüche der Firma höchstpersönlich vor besagtem Gericht darzulegen und zu verteidigen, die da lauten: Die 40 ha Wald oder den Schadenersatz. Nebenbei arbeitet besagter Herr noch am neuen Bundeswaldgesetz mit. Solche Unternehmerfreundlichkeit könnte man ja noch verstehen, wenn Herr Metzger CDU-Mitglied wäre; aber Metzger ist Mitglied der SPD!

Wir kondolieren unseren sozialdemokratischen Genossen hiermit recht schön zu diesem edlen Streiter für die Belange der Bevölkerung. Wir jedenfalls lassen uns von dererlei Metzgern nicht das Parteiprogramm verwürsten.

# Gedanken um die Zukunft

Zwei Dinge überschatten das neue Jahr: Die bange Frage, was aus dem Arbeitsplatz wird, und die nicht minder besorgte Frage nach den Preisen, nach der Entwicklung der Lebenshaltungskosten 1974.

Kürzlich haben bei einer repräsentativen Umfrage nahezu 70 Prozent der Befragten die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes als den sehnlichsten Wunsch für das neue Jahr bezeichnet.

Dem liegen handfeste und bittere Erfahrungen zugrunde, die Millionen Bundesbürger in den vergangenen 12 Monaten machen mußten. Erfahrungen mit dem herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Erfahrungen mit dem System, das keine Sicherheit der Arbeitsplätze und keinen Schutz vor Inflation garantieren kann. Erfahrungen mit dem System, in dem nichts sicher ist, außer dem Gewinnzuwachs der Konzerne.

Gerade das ist durch die Erfahrungen der vergangenen Monate erneut erhärtet worden. Haben doch unter Berufung auf die Energiekrise die Mineralölkonzerne der Bundesrepublik im Handumdrehen zusätzliche Gewinne gemacht wie selten zuvor.

An der Schwelle des neuen Jahres heizen die Konzerne und die Regierung die verbreitete Furcht vor dem, was 1974 bringen möge, kräftig an. Die Bosse verfügen Kurzarbeit und Entlassungen. Und die Bundesregierung spricht von 750.000 Arbeitslosen im Januar /Februar. Die Konzerne drehen an der Preisschraube, kündigen neue Preiserhöhungen an. Und die Regierung läßt durch FDP-Staatssekretär Grüner zum „Trost“ verbreiten, der Preisanstieg werde 1974 „nicht über 10 Prozent“ betragen. Die Bosse machen Front gegen die Gewerkschaftsforderungen in der bevorstehenden Lohnrunde für 12 Millionen. Und die Regierung operiert bereits im Be-

reich des öffentlichen Dienstes mit Orientierungsdaten, die erheblich unter 10 Prozent Bruttolohn- und -gehaltszuwachs liegen.

Von daher kommen immer neue Anstöße für Sorge, Existenzangst und Ungewißheit. Von daher werden die großen Zweifel genährt, von denen Millionen in unserem Land in diesen Tagen erfüllt sind. Und jeden Tag bestätigt sich aufs neue die Einschätzung, die der Hamburger Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei im November 1973 von diesem System gegeben hat, in dem „die arbeitenden Menschen zwar alle Werte schaffen, aber Verhältnisse herrschen, unter denen sich wenige Konzernherren das meiste aneignen können“ und in dem „die große Mehrheit des Volkes zuwenig und die paar Milliardäre viel zuviel zu bestimmen haben“.

Zugleich bestätigt aber auch jeder Tag aufs neue, daß nur durch volle Mitbestimmung der Arbeiter und Gewerkschaften, daß nur das Verbot von Massenentlassungen, der Kündigungsschutz für ältere Arbeiter und Angestellte, der volle Lohnausgleich bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit und eine aktive Lohnpolitik Arbeitsplätze sicherer machen und den fortgesetzten Raubzug auf die Taschen der Lohn- und Gehaltsempfänger abwehren können.



## Lohnforderungen voll durchsetzen!

Mit dem letzten Tag des vergangenen Jahres sind für die Kollegen in der Metallindustrie, im öffentlichen Dienst, bei der Post und bei der Bahn die Lohn- und Gehaltstarife ausgelaufen. In den ersten vier Monaten des neuen

Jahres steht für 12 Millionen in der Bundesrepublik der Kampf für höheren Lohn und Gehalt an.

Es wird nicht leicht sein, in diesem Jahr. Unternehmerverbände, „Sachverständige“, Bundesregierung fordern in gemeinsamem Chor, die Löhne und Gehälter nur gering zu erhöhen. Ob Hochkonjunktur oder Anzeichen des Nachlassens – das Lied ist immer das gleiche: „Maßvolle“ Lohnerhöhungen, um „Wirtschaft“ und „Stabilität“ nicht zu gefährden.

In der Preisgestaltung sind die Bosse aber durchaus nicht maßvoll. Eine Preissteigerung von 10 Prozent im Jahre 1974 wird auch amtlicherseits angekündigt, und diese Schätzungen waren in den vergangenen Jahren durchweg zu niedrig angesetzt. Warum sollen immer Arbeiter und Angestellte die Last tragen? Außerdem zeigen bestimmte Krisenerscheinungen an, daß einem Wirtschaftsrückgang gerade durch Erhöhung der Kaufkraft entgegen getreten werden muß, wie Entlassungen in der Textil- und Lederindustrie, der erwartete Rückgang im Einzelhandel u.a.

Angesichts der Tatsache, daß neben der Preissteigerung ja auch die Lohnsteuerprogression im Arbeiter- und Angestelltenhaushalt wieder zu Buche schlagen wird, und alle außerdem einen Anspruch auf die auch 1973 erreichte Produktivitätssteigerung von fünf bis sieben Prozent haben, sind die Forderungen von 17 Prozent durch die IG Metall Hessen und 15 Prozent im öffentlichen Dienst durchaus als bescheiden zu bezeichnen. 18 bis 20 Prozent wären durchaus angemessen gewesen. Um so mehr kommt es darauf an, die Forderungen auch voll durchzusetzen und sich durch kein Stabilitätsgerede einlullen zu lassen.

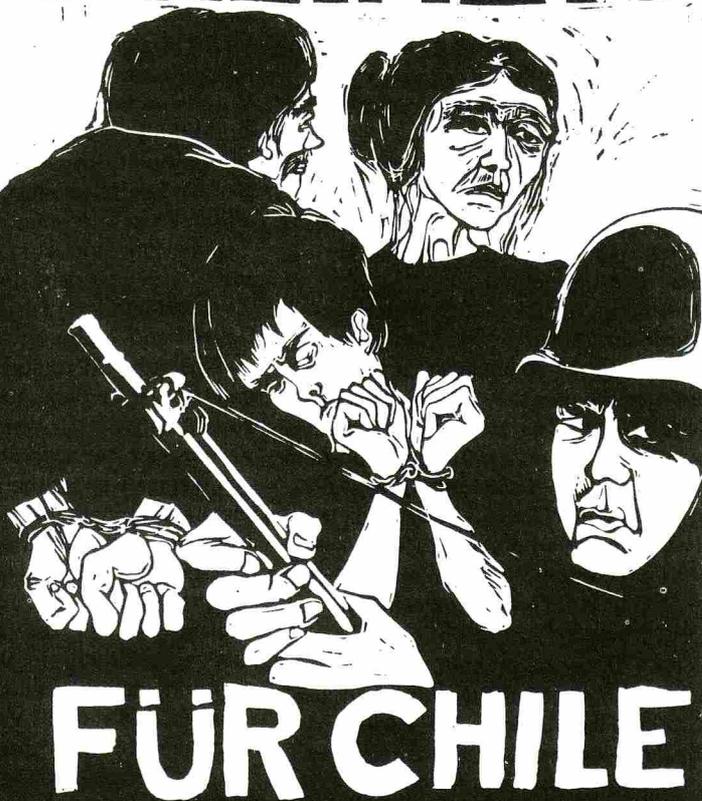


HÖHERE LÖHNE SICHERN DIE ARBEITSPLÄTZE

## Stoppt die Henker

Bestien,  
die sich nähren  
vom Mästfutter,  
ausgestreut von Washingtons  
Gnaden,  
unter ihren bleiernen Krallen  
soll verenden,  
wofür das Volk  
die Tage der Arbeit gab.  
Die Aufrechten  
schleppen sie  
zum Mordbeil,  
den Stolz zu beugen,  
der in drei Jahren  
Wurzeln schlug in euch,  
in uns.  
Unter euch Luis Corvalan,  
mit ihm werden wir  
in die Folterkammern  
getrieben;  
die Male des Schreckens  
vernarben auf unseren  
Gliedern,  
brechen auf  
in dem Ruf:  
Rettet Luis Corvalan!  
Stoppt die Henker!

# FREIHEIT



# FÜR CHILE

## Sie konnten ihr Leben retten

*Auf dem Rhein-Main-Flughafen sind mittlerweile eine Reihe Flugzeuge mit Flüchtlingen aus Chile gelandet.*

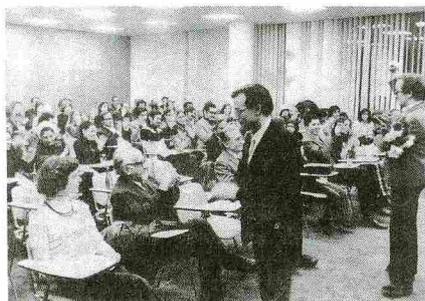
*Es gibt erschütternde Szenen – Angehörige fallen sich in die Arme – sie konnten ihr Leben retten. Tausende aber sitzen noch in den Kerkern der Junta. Viele halten sich versteckt, um dem Mordterror der Militärjunta zu entgehen.*

*Die DKP fordert:*

*Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile.*

*Volles und ungeteiltes Asylrecht für alle politischen Flüchtlinge.*

*(Zu den Fotos: Neuangekommene Emigranten werden von Landsleuten begrüßt: Rudi Hechler begrüßt für die DKP die angekommenen Chilenen.)*





## Chile braucht unsere Solidarität!

Die Deutsche Kommunistische Partei in Mörfelden beschloß auf einer Mitgliederversammlung allen chilenischen Kindern, die im Frankfurter Flüchtlingslager untergekommen sind, ein Weihnachtspäckchen zu überreichen. Im neuen Mörfelder DKP-Treffpunkt (unser Bild) wurden alle Spenden (darunter Kleider und Konserven) gepackt und sortiert.



Am Weihnachtstag übergab eine Delegation die Geschenke. (Unser Bild: Ruby Oyarce, die Frau des ehemaligen chilenischen Arbeitsministers und DKP-Stadtverordneter Heinz Hechler).



Solidarität ist bei vielen Mörfelder Jugendlichen kein Lippenbekenntnis. In Erinnerung ist das großartige Sammelergebnis der Mörfelder Schüler für Äthiopien. Für ein Kinderkrankenhaus in Hanoi sammelte die evangelische Jugend.

### Hier ihr Leserbrief:

Am Tag vor dem 4. Advent fand auf dem „Dalles“ eine weitere Aktion der evangelischen Jugend statt (unser Bild) —, die dazu bestimmt war, zu informieren und zu sammeln, wie auch zu verkaufen, was vom Flohmarkt und auch vom Stand der Jugend beim evangelischen Weihnachtsmarkt noch übrig war.

Es wurden rund 250,— DM gesammelt bzw. durch Verkauf eingebracht. Der Erlös soll dem Kinderkrankenhaus in Hanoi zugute kommen. Doch wahrscheinlich ist dieses Geld nicht so bezeichnend wie die Tatsache (die auch Umstehenden und Vorbeigehenden sowie daran mehr oder weniger Interessierten auffiel), daß es von Jugendlichen nur „so wimmelte“. Sicher ist das ein Zeichen dafür, daß das Bewußtsein unserer Bevölkerung, zumal der jungen Bevölkerung, sich ändert.



Am Spätnachmittag ging es dann weiter mit der Skiffle-Group und den jungen Leuten der Volksbühne Mörfelden, einem Dia-Vortrag über den 1. Mörfelder Flohmarkt am 1. Mai 1973 von Dietmar Treber unter Mitwirkung der Gewerkschaftsjugend und der SDAJ (Bild: Die Skiffle-Group in voller Aktion).



Spektakulär war dieser Abend nicht, er hatte keinen Erfolg in dem Sinn, daß Massen kamen und Massen angesprochen werden konnten. Aber er fand seinen Sinn und seinen Zweck darin, daß eine Reihe von Gesprächen „am Rande“ geführt wurden, daß die Chile-Resolution der Bürgerinitiative noch einmal verlesen wurde (und von manchen noch unterschrieben), daß — nicht für jeden verständlich und begreifbar — Leute verschiedenster Ideologie, verschiedenster Weltanschauung zusammen waren.

Sicher nicht zur Verbrüderung um jeden Preis und unter Nivellierung der Unterschiede, aber sicher doch in der Überzeugung, daß man diese Welt zum Menschlichen hin und zur Gerechtigkeit hin (damit im Sinne der Weihnachtsbotschaft wirklich Frieden auf Erden sei) nur gemeinsam verändern kann. Dazu gehört halt, daß man sich selber erst einmal verändert und den anderen Menschen annimmt als einen, mit dem man gemeinsam Mensch ist.

## Jugendliche sammelten vor den Kirchenportalen

Mit Flugblättern, Transparenten und Sammeldosen standen, meist Jugendliche, Mitglieder des Mörfelder Bürgerkomitees für Chile am Heiligabend vor den Kirchen. Sie sammelten Geldspenden für die Bevölkerung Chiles und wiesen in ihrem Flugblatt auf die Situation in diesem Land hin.

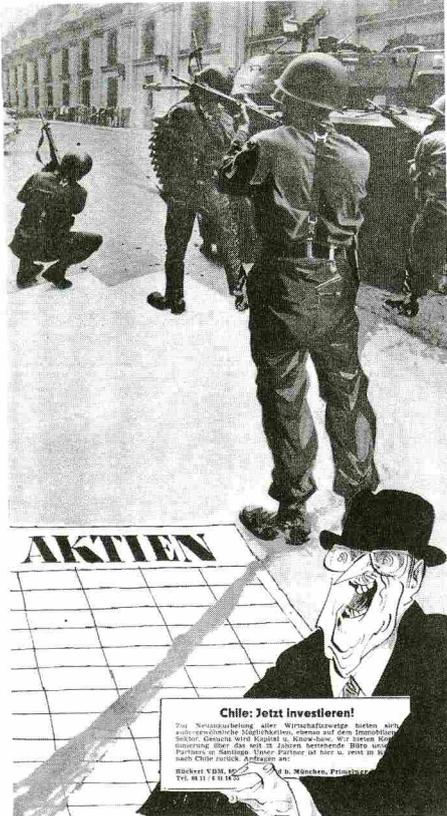
In Resolutionen an die Gemeindemitglieder, die den Pfarrern überbracht wurden, wurde an christliche und humanitäre Ideale appelliert. „Im vergangenen Jahr war es der Krieg in Vietnam, der die Hoffnung des christlichen Weihnachtsfestes ‚Friede auf Erden‘ barbarisch zunichte machte.

Aber auch in diesem Jahr wüten in vielen Ländern Kriege, Hunger und Faschismus. Chile gehört dazu. Ohne ihre aktive Unterstützung, Hilfe und Solidarität bleibt die ‚Frohe Weihnacht‘ für Millionen Menschen ein frommer Wunsch. Wir appellieren daher an alle Bürger in Mörfelden, an die Christen beider Konfessionen, an die Parteien, an die Stadtverordneten, an die ältere Generation und an die Jugend: Unterstützt die Wiederherstellung der Demokratie in Chile.“

Es wurde ein Betrag von über 500 Mark gesammelt. Dieses Geld wird auf das „Chile-Solidaritäts-Konto“ / Prof. Erich Wulff überwiesen.

Bei dieser Aktion unterzeichneten über zweihundert Kirchenbesucher eine Chile-Resolution.





# Heck war in Santiago

Unlängst machte sich, von quälender Ungeduld getrieben, ein gewisser Herr Doktor Bruno Heck – seines Zeichens Abgeordneter des Bonner Bundestages und Spezialist für die Erkundung munter sprudelnder Profitquellen – auf den Weg, um in dem fernen Santiago einmal gründlich nach dem Ultrarechten zu sehen.

Er tat dies im Auftrag seiner zahlreichen Freunde und Gönner, die, vornehmlich den gehobenen Kreisen der bundesdeutschen Hochfinanz zugehörig, brennend daran interessiert waren, endlich ein umfassendes Bild über die Situation im Andenstaat zu gewinnen, und deshalb nichts sehnlicher wünschten, als daß Herr Heck recht bald mit ermutigender Kunde nach Bonn zurückkehren möge.

Und wahrhaftig – schon nach vier Tagen war er wieder da, der Herr Heck, und was er seinem Publikum zu verkünden hatte, war nicht nur schlechthin ermutigend, sondern geradezu eine hecktische Offenbarung.

„Es ist ja alles nur halb so schlimm, und

außerdem hatten die Herren der Militärregierung gar keine andere Wahl!“ ließ sich der Bonner Sendbote auf einer eiligst zusammengetrommelten Konferenz führender Konzernchefs freudig bewegt vernehmen, und man sah es ihm an, daß er noch völlig unter dem Eindruck jener Woge des Wohlwollens stand, die ihm aus Juntareihen so überwältigend entgegenbrandete. Und dann plauderte Herr Heck und plauderte, wobei er es nicht unterließ, immer wieder zu betonen, daß seine in Chile gesammelten Eindrücke wahrlich über jeden Verdacht erhaben seien, da ihm in Santiago schließlich die kompetentesten Gesprächspartner hilfreich zur Seite standen, die man sich nur denken kann. Zum Beispiel der Junta-Innenminister Bonilla höchstpersönlich („Bei einer gemütlichen Teestunde sind wir uns rasch nähergekom-

*Das Großkapital schickt seine Abgeordneten nach Chile, um zu prüfen, ob man wieder Kapital gewinnbringend anlegen kann. Nach Bruno Heck bereiste der CDU-Abgeordnete Heinrich Gewandt das leidgeprüfte Land. Auch er empfahl der „deutschen Wirtschaft“, jetzt zu investieren. Es würden im übrigen nur noch 5000 „Regimegegner“ in Gewahrsam gehalten – und Beweise für Folterungen sah er natürlich auch nicht.*

men!“), ferner der Polizeichef Baeza, der es sich trotz seines schon unmenschlich zu nennenden Pensums nicht nehmen ließ, den Gast aus Bonn ebenfalls zu empfangen, des weiteren der frühere Präsident Eduardo Frey, der Kardinal Silva und wie die netten Leute alle noch heißen mögen, die in Herrn Heck sogleich die geistige Verwandtschaft ersten Grades erkannten.

„Die Militärregierung erstrebt eine neue, stabile Ordnung auf der Grundlage der freien Unternehmerinitiative!“ rief Heck den anwesenden Konzernchefs emphatisch zu. „Und sie zählt dabei auf Ihre wertvolle Hilfe und Unterstützung, meine Herren!“

Nun, das ließen sich die derart Angesprochenen natürlich nicht zweimal sagen, und als eine der ersten meldete die Daimler Benz AG beträchtliche Direktinvestitionen in Chile an. Da kann man es sich direkt bildlich vorstellen, wie die BRD-Konzerne der Junta hurtig beistehen, die Demokratie in Chile unter die Räder zu bringen!

## LESER BRIEF



### Mörfelder Kirchenvorsteher bestürzt über die Zustände in Chile

In einem Schreiben an den Botschafter der Republik Chile, Herrn Frederico Klein, protestierten mehrere evangelische Kirchenvorsteher gegen die unmenschlichen Zustände in diesem Land.

In ihrem Schreiben heißt es:

„Exzellenz, wir – die unterzeichneten Kirchenvorsteher der evangelischen Kirchengemeinde Mörfelden – sind bestürzt und schockiert über das Schicksal der mehr als 7000 politischen Gefangenen und verurteilen jegliche Folterung und Hinrichtung.

Derartige Verstöße gegen die Menschenrechte schädigen das Ansehen der chilenischen Regierung.

Wir halten es insbesondere für eine Verächtlichmachung der christlichen Botschaft, wenn durch unwidersprochene Reden und Behauptungen einzelner Verantwortlicher der Anschein erweckt wird, als seien Gewalt, Folterungen und Hinrichtungen dazu angetan, eine wie auch immer christliche Staatsordnung oder Gesellschaftsordnung herzustellen.“

Mit diesem Schreiben allerdings wollten sich die Kirchenvorsteher nicht zufrieden geben. So unterstützte man beispielsweise eine schnell eingeleitete Kleidersammlung für die chilenischen Flüchtlinge in der BRD des Bürgerkomitees „Solidarität für Chile“ und startete eine Anzeigen-Aktion, in dem eigenen Kirchennachrichtenheft „Anstöße“, wo Wohnungen für chilenische Familien gesucht werden. Weiter beschloß der Kirchenvorstand der evangelischen Kirchengemeinde Mörfelden, die Patenschaft einer chilenischen Familie zu übernehmen.

**Solidaritäts-Konto für das Volk Chiles**

**Sonderkonto Erich Wulff, PschA. Frankfurt/Main, Konto-Nr. 527 055-602,**

**Kennwort: Chile-Solidarität**